

Hildesheim, 10. August 2017

Gegen Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit

Caritas richtet Service- und Beratungsstelle in Hildesheim ein

Die jüngst erfolgte Zusage von Fördermitteln durch das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen ermöglicht es dem Caritasverband für Stadt und Landkreis Hildesheim e.V., die geplante Service- und Beratungsstelle gegen Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit „Radius“ einzurichten. Die Stelle soll noch im Herbst ihre Arbeit aufnehmen. Dafür sucht der Verband nun zunächst geeignete Räume und Personal.

Die Liste der möglichen Angebote ist laut Konzept lang und vielfältig: Pädagogische Präventionsangebote, Beratungen von Einrichtungen, Fortbildungsangebote oder die Koordinierung von Aktivitäten und Projekten gehören ebenso dazu wie die Erstellung von Materialien oder Kampagnen. „Wir müssen jetzt klären, in welcher Reihenfolge und Intensität wir die Angebote umsetzen können“, sagt Jörg Piprek, Leiter des Geschäftsbereichs Gemeinwesenarbeit beim Caritasverband für Stadt und Landkreis Hildesheim.

Denn das Projekt wird nicht wie erhofft vom Bundesfamilienministerium aus dem Programm „Demokratie leben“ gefördert. Ausschlaggebend dafür waren allerdings weder eine falsche inhaltliche Schwerpunktsetzung noch die Ausdehnung auf falsche Themenfelder wie Antisemitismus oder Islamophobie. Im Gegenteil: Besonders bedeutsam ist es laut Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen in der Fort- und Weiterbildung die „wechselseitigen Verstärkungsmechanismen zwischen Salafismus und Rechtspopulismus bzw. -extremismus“ zu veranschaulichen.

Das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen, welches selbst aus Mitteln des Programms „Demokratie leben“ gespeist wird, fördert nun die neue Service- und Beratungsstelle. Für das Jahr 2017 werden insgesamt 60.000 Euro und für die beiden Folgejahre jeweils 55.000 Euro zur Verfügung gestellt. Damit steht jedoch weniger Geld als geplant zur Verfügung.

Für die Service- und Beratungsstelle werden daher zunächst zwei Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter für jeweils 20 Wochenstunden gesucht. Die Stellenausschreibung wird in Kürze erfolgen. Auch läuft mittlerweile die Suche nach geeigneten Räumen für „Radius“.

Möglichst schnell soll mit der Netzwerk- und die Präventionsarbeit begonnen werden. Die Kooperation mit den vorhandenen, lokalen Einrichtungen ist wichtig, damit Betroffene und vor allem ihr Umfeld von den möglichen Hilfen erfahren. Denn Piprek weiß: „Gefährdete Jugendliche brauchen Unterstützung.“



Um mittelfristig das Konzept in Gänze umsetzen zu können, ist derzeit ein weiterer Antrag in Arbeit, der auf eine Richtlinienförderung des Landes Niedersachsen abzielt. „Dafür werden bestimmte Projektkomponenten ausgekoppelt“, erklärt Piprek. So könnten die fehlenden bzw. reduzierten Bausteine nachgerüstet und die dann vorhandenen Stellen aufgestockt werden. Damit hätte der Caritasverband das gesteckte Ziel vollständig erreicht.